

Währungskrise

Den Euro retten

Wolfgang Kessler

Sollen wir für unsere Ersparnisse ein Haus kaufen, oder Gold oder Schweizer Franken? Diese Fragen stellen sich zurzeit viele Bürger. Achtzig Prozent der deutschen Bürger fürchten um den Wert des Euro, sagt das ZDF-Politikbarometer. Diese Angst ist verständlich. Seit vielen Monaten ächzt der Euro unter den hohen Schulden von Griechenland, Irland, Portugal und Spanien – auch Italien geriet in die Schlagzeilen. Dabei ist die Politik nicht untätig. Merkel, Sarkozy und Co. treffen sich ständig, verpacken dreistellige Milliardenbeträge in Hilfspaketen – und wirken doch rat- und hilflos. Die Bürger spüren, dass die Politiker Getriebene des Finanzsystems, Getriebene von Spekulanten und Ratingagenturen sind. Sie flüchten bisher allzu gerne in jene Wirtschaftspolitik, die schon bekannt ist: Bürger werden mit Rettungsfonds beschwichtigt, Banken und Investoren geschützt und allenfalls kosmetisch an den Kosten der Krise beteiligt – und die Krise in erster Linie den Rentnern und den Beschäftigten der Schuldnerländer aufgebürdet. Erst beim jüngsten Gipfel in Brüssel wurden neue Lösungsschritte wenigstens angedacht, die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt. [...]

Der Euro war und ist mehr als eine einfache Währung – oder sollte wenigstens mehr sein. Er ist ein Symbol für die enge Kooperation unabhängiger Nationalstaaten, die weltweit ihresgleichen sucht. Wäre alles gut gelaufen, dann könnte der Euro inzwischen das Aushängeschild einer wirtschaftlich gesunden und gerechten Europäischen Union sein – ein weltweit einmaliger Versuch, Sozialstaat und Kapitalismus in einem Staatenbund zu verbinden.

Die Konstruktionsfehler

Doch es lief nicht gut. Die Regierungen der Euroländer wollten wenig Sozialstaat und viel Kapitalismus. Sie ketteten einfach Länder mit völlig unterschiedlichen Volkswirtschaften, stärkeren und schwächeren,

über eine Währung aneinander. Und verabschiedeten die sogenannte No-bail-out-Klausel: Kein Mitgliedsland darf nunmehr verpflichtet werden, notleidenden Ländern mit Geld auszuweichen. Deshalb entscheidet allein der freie Markt über Wohl und Wehe der Mitgliedsländer – und der Währung.

Dies war und ist ganz im Interesse der exportstarken Länder. Denn: Sie müssen in einer Währungsunion nicht die Aufwertung ihrer nationalen Währung und damit die Verteuerung ihrer Produkte befürchten, sie können billig exportieren. Damit wächst jedoch die Gefahr, dass die Überschüsse der Exportländer in der Eurozone Defizite (und Schulden) in den schwächeren Ländern produzieren.

Aber damit nicht genug. Während die Leitzinsen vor der Einführung des Euro von den nationalen Zentralbanken nach den Inflationsraten des jeweiligen Landes festgelegt wurden – hohe Zinsen bei hoher Inflation, niedrige Zinsen bei geringer Inflation –, setzt nun die Europäische Zentralbank einen einheitlichen Leitzins für alle Euroländer fest. Die Folge: Sie entscheidet sich für einen Mittelwert, der für Länder mit geringer Inflation wie Deutschland oder Frankreich zu hoch, für Krisenländer mit hoher Inflation jedoch aufreizend niedrig ist. Was so harmlos klingt, birgt für Investoren und Regierungen in den ärmeren Ländern die große Versuchung, so viele Kredite aufzunehmen wie möglich, da die Zinsen ja so günstig sind. Und diese Chance nutzten sie weidlich. Irland lockte Investoren mit Niedrigsteuersätzen an und garantierte für die Schulden der Banken. In Spanien steckten Investoren Milliarden günstiger Kredite in den Bau spekulativer Immobilien und Golfplätze. Mehrere griechische Regierungen – sie sind in der Hand von wenigen reichen Familien – blähten den Staatsapparat auf und kauften Rüstungsgüter zum Schutz vor dem angeblichen Todfeind Türkei. Ganz im Sinne einer Klientelwirtschaft finanzierten Politik und Ober-

Erst langsam wächst in der Politik das Bewusstsein dafür, dass Sparprogramme in den Schuldnerländern und die ständige Betonung der Gläubigerinteressen nicht reichen, um den Euro dauerhaft zu retten.

schicht ihren üppigen Lebensstil auf Pump. Steuern zu zahlen oder ihre Wirtschaft konkurrenzfähiger zu machen stand nicht auf ihrer Tagesordnung.

Diese Verwerfungen in Euroland wurden so lange vom Scheinwachstum am Geldmarkt zugedeckt, bis die Finanzkrise die Spekulationsblasen platzen ließ. Sie riss spanische Immobilieninvestoren reihenweise in die Pleite; in Irland rettete der Staat die Banken und türmte grandiose Schuldenberge auf; Griechenland exportiert wenig, importiert viel – die Staatsausgaben sind hoch, die Steuereinnahmen gering. Den Bedarf dieser Länder an immer neuen Krediten nutzten Geldgeber und Spekulanten, um die Zinsen für Anleihen in die Höhe zu treiben – unterstützt von Ratingagenturen, die immer wieder die Zahlungsfähigkeit der Länder infrage stellen. Dann steigen die Zinsen weiter.

Scheinlösungen

Diese Entwicklungen haben sich inzwischen zu einem Knäuel an Schulden und Interessen verwoben, den zu entwirren sehr schwierig ist. Doch statt das Übel an der Wurzel zu packen und den Euro auf eine neue Grundlage zu stellen, suchen weite Teile von Politik, Medien und Wissenschaft seit Monaten Zuflucht bei Scheinlösungen, die immer wieder neu aufgebrüht werden:

» *Sparen bis zur Armut:* Wenn Länder über ihre Verhältnisse leben, heißt es, dann müssen sie sparen. In diesem Sinne erzwingen die angeblichen Retter in Griechenland seit Monaten sinkende Löhne und Renten. Die Armut wächst. Doch wenn die Menschen weniger verdienen und der Staat weniger ausgibt, sinkt die wirtschaftliche Leistung. In Griechenland lagen die Staatseinnahmen Ende Mai dieses Jahres um 7,1 Prozent unter dem Vorjahreswert. Die Schulden steigen – gerade wegen des Sparprogramms.

» *Rettungspakete für Gläubiger:* Im Mai 2010 beschlossen die Eurostaaten einen vorläufigen Rettungsschirm im Umfang von 700 Milliarden Euro. Im Mai 2011 verabschiedete der Europäische Rat noch einen „dauerhaften Stabilisierungsmechanismus“, der Mitte 2013 in Kraft treten soll. Rettungsschirme für kriselnde Länder sind notwendig. Die Frage ist jedoch, wem sie helfen: Bisher dienen sie fast ausschließlich dazu, die Zahlungsfähigkeit Griechenlands sicherzustellen. Damit retten sie in erster Linie die Gläubiger. Erst das Rettungspaket, das vor ein paar Wochen in Brüssel beschlossen wurde, soll auch die Gläubiger zur Kasse bitten. Doch es wird erst nach den Sommerferien konkret.

» *Griechenland raus aus dem Euro:* Nicht wenige Beobachter fordern, oft hinter vorgehaltener Hand,



den „Rausschmiss“ Griechenlands aus dem Euro und die Wiedereinführung der ehemaligen Währung, der Drachme. Und sie tun so, als wäre dies ganz im Sinne Griechenlands. Das wäre es jedoch nicht. Angesichts der geringen Exportfähigkeit und der vielen Importe würde die Drachme schon kurz nach ihrer Einführung dramatisch an Wert verlieren. Die griechischen Exporte würden dadurch zwar billiger. Da Griechenland aber wenig exportiert, würde dies nicht viel nützen. Umgekehrt würden Energierohstoffe und andere Importe Griechenlands drastisch teurer. Durch die galoppierende Inflation würden Löhne und Renten schnell an Wert verlieren. Gleichzeitig würden die Auslandsschulden nach wie vor in Dollar und Euro anfallen – Rückzahlung unmöglich. Staatsbankrott und Massenarmut drohen dann erst recht.

Diese Strategien sind nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. Erst langsam wächst in der Politik das Bewusstsein dafür, dass Sparprogramme in den Schuldnerländern und die ständige Betonung der Gläubigerinteressen nicht reichen, um den Euro dauerhaft zu retten. Es braucht mehr.

Aufbruch aus der Krise

Deshalb schlägt jetzt die Stunde der Wahrheit. Die Politik steht vor der Wahl, immer wieder nur alten Wein in neue Schläuche zu gießen – und den Euro langfristig weiter zu schwächen. Oder aber sie ringt sich zu der Erkenntnis durch, dass eine gemeinsame Währung in unterschiedlich starken Ländern eine gemeinsame Wirtschaftspolitik braucht. Dies heißt nicht Almosen, wohl aber politische Schritte, um die schwächeren Volkswirtschaften in der Konkurrenz zu stärken. Eine gemeinsame Wirtschaftspolitik – das bedeutet auch gemeinsame soziale und steuerliche Rahmenbedingungen, die die Lebensverhältnisse aller in Europa verbessern helfen. Und eine gemeinsame Währung verlangt auch eine Finanz- und Geldpolitik, die sich nicht der Tagesordnung von Banken und Ratingagenturen unterwirft.

Einer so mutigen Politik bietet die Eurokrise sogar eine Chance: nämlich dafür zu sorgen, dass der Euro von einer Krisenwährung zum Symbol eines wirklich

Bisher wurde die Krise den Ärmern aufgebürdet. Dies ist eine schwere Hypothek für die Zukunft des Euro. Vertrauen in diese Währung entsteht nur, wenn sie mit sozialen Rahmenbedingungen verbunden wird.

vereinten Europas wird. Die Strategien dafür schlummern längst in den Schubladen:

» *Intelligenter Schuldenschnitt:* Griechenland wird seine Schulden in Höhe von 350 Milliarden Euro (160 Prozent der Wirtschaftsleistung) nicht zurückzahlen können. Die Lösung liegt in einem intelligenten Schuldenschnitt, der einen Teil der Schulden streicht, aber die übrigen garantiert, damit das Land seine Kreditwürdigkeit nicht verliert. Einen möglichen Weg hat Commerzbank-Chef Martin Blessing vorgeschlagen: Danach verzichten die Gläubiger Griechenlands – private und öffentliche – auf mindestens 30 Prozent ihrer Forderungen. Konkret würden ihre alten Griechenland-Anleihen mit einem Abschlag in dieser Höhe versehen und gegen neue, niedriger verzinsten Anleihen getauscht. Die EU-Mitgliedsländer würden deren Rückzahlung garantieren. Einen kleinen Schritt auf diesem Weg sind die Regierungen auf ihrem jüngsten Gipfel in Brüssel gegangen, doch verzichten die Gläubiger danach auf weit weniger als 30 Prozent ihrer Forderungen; es müssten aber eher mehr als 30 Prozent sein.

» *Finanztransaktionssteuer für einen Marshallplan:* Sollen die Krisenländer aus der Krise kommen, dann erfordert dies mehr als eine Sparpolitik. Sie benötigen Investitionen, die die Wirtschaft ankurbeln und Arbeit schaffen. Da sie diese derzeit nicht selbst finanzieren können, brauchen sie die Unterstützung der Europäischen Union. Ein konkreter Vorschlag: Die Europäische Union erhebt in ihren Grenzen eine Steuer von 0,1 Prozent auf Finanztransaktionen. Nach Angaben des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung würde sie 60 Milliarden Euro pro Jahr erbringen. Das wäre genug Geld, um in den Krisenländern eine nachhaltige Entwicklung auf der Grundlage erneuerbarer Energien und einer modernen Infrastruktur voranzubringen, die Arbeit schafft und diese Länder unabhängiger von importierten Energierohstoffen macht. Auf diese Weise würden Spekulanten zur Kasse gebeten, um die nachhaltige Entwicklung zu finanzieren und nicht, wie heute, die Krise zu fördern.

» *Euroanleihen gegen Zinstreiber:* Der Zinstreiber durch Spekulanten, die die Nöte dieser Länder nutzen, könnte die Europäische Union durch die Ausgabe gemeinsamer Euro-Anleihen zu festen Zinsen einen Riegel verschieben. Für Staaten wie Deutschland wären die Zinsen für Euroanleihen dann höher als der gegenwärtige Leitzins. Für die Krisenländer wären sie dagegen niedriger als die ruinösen Zinssätze von heute. „Einzelne Länder können nicht mehr abrutschen, der EU würde es erspart bleiben, ständig neue Rettungspakete zu schnüren. Und das Schicksal des Euro läge nicht mehr in den Händen griechischer

Parlamentarier, in denen von Silvio Berlusconi oder der Ratingagenturen“, begrüßt der Wirtschaftsweisen Peter Bofinger, Ökonom an der Universität Würzburg, diesen Vorschlag.

» *Soziale Rahmenbedingungen:* Bisher wurde die Krise den Ärmern aufgebürdet. Dies ist eine schwere Hypothek für die Zukunft des Euro. Vertrauen in diese Währung entsteht nur, wenn sie mit sozialen Rahmenbedingungen verbunden wird. Dazu müssen die Krisenländer klare Bedingungen erfüllen: ein funktionierendes Steuersystem, das Wohlhabende stärker belastet und deren Steuern auch eintreibt; Mindeststeuern in allen Euroländern, die verhindern, dass Länder wie Irland mit Dumpingsteuern Investitionen anziehen und sich im Schuldenfalle von der Gemeinschaft helfen lassen. Alle Euroländer brauchen einen Staat, der unproduktive Ausgaben, zum Beispiel für Bürokratie und Rüstung kürzt, um mehr in Arbeit, Bildung und Gesundheit investieren zu können.

» *Aufbau regionaler Währungen:* In Griechenland und Portugal schließen kleine Läden und Gewerbebetriebe in Städten und Dörfern, ganze Regionen verarmen. Einen Beitrag zur Wiederbelebung lokaler Wirtschaftskreisläufe können regionale Währungen als Ergänzung zum Euro leisten: Bürger, Geschäftsinhaber, Landwirte und Handwerker gründen Vereine oder Genossenschaften. Wer diesen angehört, kann Euros in die lokale Währung eintauschen und damit in lokalen Geschäften einkaufen, die auch Vereinsmitglieder sind. Auch Bürgerarbeit vor Ort kann so entlohnt werden. Damit fließt das Geld an regionale Betriebe und nicht an große Konzerne – es bleibt in der Region. In der Schweiz gehören 60 000 kleinere Betriebe der WIR-Genossenschaft an, die untereinander auch in der WIR-Währung bezahlen. Von der Finanzkrise war diese Genossenschaft nicht betroffen.

An Auswegen aus der Krise fehlt es nicht. Deshalb stehen die Euro-Regierungen vor einer grundlegenden Weichenstellung: Entweder sie hangeln sich weiter von Rettungspaket zu Rettungspaket – dann wird die Krise immer nur kurzfristig entspannt, aber nicht dauerhaft entschärft. Oder aber die Regierungen haben den Mut und stellen den Euro auf die Grundlage einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik, die sich gleichermaßen an einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung und sozialer Gerechtigkeit orientiert. Dann würde der Euro an Vertrauen gewinnen. Und nicht nur dies. Global könnte er zum Symbol eines vereinigten Europas avancieren, das eine wirkliche Alternative zum brutalen US-Kapitalismus einerseits und zu den kapitalistischen Diktaturen in Russland und China andererseits wäre. ♦

(Zuerst veröffentlicht in *Publik-Forum* 14, 29.7.2011)